

Kolumne Herausgeberrat Klettgauer Bote vom 16.4.2016

Martina Munz

Klimapolitik: Worte statt Taten

Das Klimaabkommen von Paris wäre unsere Chance. Alle Staaten haben sich auf das Ziel geeinigt, den globalen Temperaturanstieg auf weniger als 2 Grad ansteigen zu lassen. Das Abkommen appelliert an das Verantwortungsbewusstsein der wohlhabenden Länder und setzt auf Eigenverantwortung. Jedes Land müsse bei sich zu Hause Massnahmen ergreifen, verkündete Umweltministerin Doris Leuthard in Paris. Die Schweiz sei bereit Verantwortung zu übernehmen und werde zusammen mit den wohlhabenden Ländern die Entwicklungsländer unterstützen. Denn diese Länder leiden durch Dürren und Unwetter ganz besonders unter dem Klimawandel. Sie selber aber haben ihn nicht verursacht.

Was ist geblieben von diesen schönen Worten in Paris? Der Bundesrat gab am 23. März 2016 die Eckwerte der Klimapolitik bekannt. Das CO₂-Gesetz soll angepasst werden. Bis ins Jahr 2030 soll die Hälfte der CO₂-Emission vermieden werden, 30 Prozent im Inland, 20 Prozent im Ausland. Allerdings hat bereits das geltende CO₂-Gesetz ambitioniertere Ziele als die neue Version. Der motorisierte Verkehr wird weiterhin vom Reduktionsziel verschont. Benzin, Diesel und Kerosin werden auch in Zukunft kaum belastet.

Auch von der Unterstützung der Entwicklungsländer ist wenig übrig geblieben. Der Bundesrat stellt keine zusätzlichen Mittel in Aussicht. Vielmehr werden die nötigen Mittel für den Klimaschutz dem Rahmenkredit für die internationale Zusammenarbeit entnommen. Damit fehlen in Zukunft die Mittel für die weltweite Armutsbekämpfung und Sicherung der Existenzgrundlage ärmerer Länder.

Unsere Welt ist globalisiert. Das Pariser Abkommen ist zu unserem eigenen Schutz, denn der Klimawandel trifft uns alle. Der lahrende Wintertourismus ist nur ein Vorbote. Statt Milliarden für Oil-Barrels an kriegstreibende Länder auszugeben, könnten wir mit Energieeffizienz und erneuerbarer Energie unsere eigene Wirtschaft stärken. Damit ist der Bogen zur Flüchtlingspolitik gespannt. Wenn Millionen Menschen ihre Existenzgrundlage verlieren, weil sie kein Wasser mehr haben, werden Zäune und Grenzkontrollen sie nicht mehr aufhalten können!